

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 10

Artikel: Der 13. Januar
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der 13. Januar.

Von Fann v. Sprecher.

Seit Jahren ist in der internationalen Politik wohl kaum ein Tag mit so viel Spannung, Besorgnis oder Zuversicht erwartet worden, wie der Sonntag, 13. Januar 1935. Und noch selten sind über das voraussichtliche Ergebnis einer Abstimmung so viel unrichtige Vermutungen ausgesprochen und geschrieben worden, wie über diese. Das rührte wohl zu einem nicht geringen Teil daher, daß auf dieses Datum hin sich im Übermaß die Träume und Hoffnungen aller Jener konzentrierten, die Hitler und den Nationalsozialismus ablehnen und man konnte versucht sein, von einer regelrechten *P s y c h o s e* zu sprechen. Ein großer Teil der Weltpresse stellte sich, bewußt oder unbewußt, direkt oder indirekt, in den Dienst der Leute im Saargebiet, denen ihr Deutschtum wenig oder nichts, der „innerpolitische Kampf“ gegen Hitler aber alles war und die, man muß es zugeben, unablässig und nicht ungeschickt eine Sache vertraten, hinter der, wie man sah, wohl viele Worte, aber wenig Menschen waren und, vor allem, ein Mindestmaß von *G e s i n n u n g* stand.

Wir hatten vor der Abstimmung Gelegenheit, uns, wenn auch kurz, zu kurz, über die Lage des Abstimmungskampfes an Ort und Stelle zu unterrichten. Saarbrücken, das einzige Ziel unserer Fahrt, erlaubte uns allerdings, als Stadt mit 133 000 Einwohnern von 800 000 im ganzen Saargebiet, nur einen kleinen Ausschnitt zu sehen, aber schließlich waren die maßgebenden Leute dort versammelt und insbesondere die neutrale Abstimmungskommission, die doch, nach einer Tätigkeit von sechs Monaten, einen Überblick über die Stimmung im g a n z e n Lande haben mußten. Der damalige Präsident der Abstimmungskommission, unser Landsmann *H e n r y* aus Bruntrut, äußerte sich in der Unterredung, die er uns gewährte, natürlich sehr zurückhaltend, gab aber doch der Meinung Ausdruck, daß man sich „auf Überraschungen gefaßt machen“ müsse, was im Sinne eines relativen Erfolges der Status quo-Bewegung gedeutet werden mußte. Ein anderer Schweizer, ebenfalls seit sechs Monaten in enger Verbindung mit der Abstimmungskommission, und für diese tätig, sprach im selben Sinne, indem er ein starkes Anwachsen der Braun-Hoffmann'schen Bewegung, seit August 1934, feststellte. Also auch der sechsmonatige Aufenthalt dieser Herren hat die richtige Erkenntnis nicht ergeben, was vielleicht an einer Unterschätzung gewisser Imponderabilien seine Ursache hatte.

Von den ausländischen Journalisten, die wir sprechen oder hören

konnten, wurde fast durchwegs dieselbe Ansicht vertreten. Gewiß war nun bei vielen dieser Journalisten der Wunsch der Vater des Gedankens. Man muß denn auch gewisse Vertreter des internationalen Journalismus dort gesehen haben! Ehemalige Redaktoren oder Mitarbeiter gewisser Berliner Blätter, Ausgebürgerte und sonstige Emigranten, suchten und fanden ein reiches Betätigungsfeld, um ihren pathologischen Hitlerhaß im Wege eigentümlicher Berichterstattung sich ausleben zu lassen und leider haben sich auch nicht wenige ausländische Berichterstatte, auch solche schweizerischer Blätter, durch diese Leute und durch die Zungenfertigkeit des Herrn Braun von der objektiven Berichterstattung abbringen lassen.

Was nun im besonderen unsere schweizerische Presse betrifft, so findet der Leser Ausführungen hierüber am Ende dieses Heftes. Vor allem der Vertreter der beliebten „Nationalzeitung“ hat nun wirklich Außerordentliches, auch für dieses Blatt Außerordentliches, geleistet; so behauptete er nach dem 13. Januar, daß „eine freie Abstimmung“ bestimmt eine Mehrheit für den Status quo ergeben haben würde! Das ist ja nun einmal gar nichts anderes als nackte Tendenz, die allerdings nicht erstaunen kann in einem Blatte, das vor kurzem einer eidgenössischen Behörde, als diese im Interesse einer Beilegung des deutsch-schweizerischen Pressekonflikts dort befähigend sich geltend machte, rund heraus erklärte, es erkenne seine Aufgabe im Kampf gegen Hitler und werde von diesem Wege nicht abgehen! Andererseits darf in diesem Zusammenhang bemerkt werden, daß die Abstimmungsschätzungen anderer großer schweizerischer Blätter im Grunde gar nicht so unmotiviert waren und sich zum Teil mit Prognosen deckten, die man im Saargebiet selbst, und von sehr guten Deutschen, hören konnte und die einiges unter den erreichten 90 Prozent lagen. Auffallen mußte jedenfalls eine Tatsache, daß nämlich am 6. Januar, also acht Tage vor der Abstimmung, im Stadto Saarbrücken nach zuverlässigen Schätzungen 60—70 000 Leute für den Status quo demonstrierten, während am 13. Januar im ganzen Saargebiet nur 46 000 Menschen ihre Stimme für die Braun'sche Parole abgaben. Nun mögen ja bei dieser Versammlung nicht wenige Nichtabstimmungsberechtigte zugegen gewesen sein — wie auch Max Braun und Andere nicht abstimmen durften — das Mißverhältnis bleibt gleichwohl bestehen.

Ganz offensichtlich hat sich demnach bestätigt, was wir von einem Mitglied der Deutschen Front vor der Abstimmung hörten, daß nämlich Viele ihre Entscheidung erst unmittelbar vor dem Gang zur Urne treffen würden. Und darunter waren wohl nicht wenige jener Katholiken, die innerlich dem Regime Hitler aus bekannten Gründen ablehnend gegenüberstehen. Im Augenblick der Entscheidung ist ihnen wohl bewußt geworden, um was es in letzter Linie ging, welch' schamloses Spiel gerade die religiösen und konfessionellen Argumente im Munde ausgerechnet eines Max Braun bedeuten mußten, und daß hier pathologische Hasser und Leute am Werk waren, die ihnen, um einer internationalen Chimäre willen, ihr Volkstum zu stehlen

gedachten. Und in jener feierlichen Stunde, als alle diese Leute und viele andere vor die einzige, klare Entscheidung: für oder wider das Volkstum sich gestellt sahen, mögen sie trotz mancher Bedenken der Stimme gefolgt sein, die zu ihnen nicht Phrasen von unbestimmter „Freiheit“ zu sagen wußte, sondern nur das einzige Wort: *V a t e r l a n d*. Diese Entscheidung, mit dem Gewicht einer überwiegenden Mehrheit gefällt, ist der hocherfreuliche Abschluß jener seelischen Tragödie, welche die Herren von Versailles dem Saarlof bereitet haben, und die, nach ihrem Willen, anders abschließen sollte.

So ist denn die Freude im deutschen Volke echt und groß. Das Ergebnis der Abstimmung bedeutet zudem eine wesentliche Stärkung des Prestiges *A d o l f H i t l e r s*, wenn auch nicht direkt, denn die Abstimmung ging nicht um die Frage: für oder gegen Hitler, und sie bedeutet nichts anderes als ein Bekenntnis zum Deutschtum. Denn man wird sich nicht darüber täuschen dürfen, daß wohl nicht wenige ihr Kreuz für Deutschland unter Zurückstellung gerade dieser *i n n e r p o l i t i s c h e n* *B e d e n k e n*, die sich um Hitlers Regime bewegen, eingezeichnet haben, sodaß die prompt nach der Abstimmung erfolgte Deutung des Herrn Dr. Goebbels, die im Ergebnis ein 90 prozentiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus erblicken wollte, wohl innerpolitisch erklärlich ist, aber deshalb nicht objektiv richtig zu sein braucht. Und so werden viele im Saarland im Stillen die Hoffnung hegen, daß bei der Ausführung der Rückgliederung und bei der Übernahme der Macht mit jener Zurückhaltung vorgegangen werde, die auch der Gesinnung derer Rechnung trägt, die während 15 Jahren so vorbildlich und so unerschütterlich ihr Volkstum verteidigt haben, ohne aber die Anschauungen der Partei zu teilen oder gar dieser anzugehören.

Die Zahl der sogenannten *E m i g r a n t e n*, die sich an der französischen Grenze mit und ohne Erfolg andrängen, erscheint auffallend hoch, wenn man berücksichtigt, daß im Saargebiet zur Zeit der Abstimmung nicht mehr als etwa 1000 Emigranten aus dem Reiche sich befanden. Die jämmerliche Heze der Herren Braun und Konforten hat also doch vermocht, Angst und Schrecken in unerwartetem Maße zu verbreiten. Wer allerdings in den Wochen oder Monaten vor der Abstimmung die „Volkstimme“ oder die „Deutsche Freiheit“ gelesen hat, kann sich darüber nicht wundern, daß nun zahlreiche Leute von einer regelrechten Panik ergriffen worden sind und dies, obwohl die Reichsregierung im Römer Abkommen die formelle Zusicherung gegeben hat, von Vergeltungsmaßnahmen abzusehen und kein Grund besteht, an dem gegebenen Wort zu zweifeln. So werden denn durch die Schuld der roten und schwarz-roten Drahtzieher Viele zur Flucht und ins Elend getrieben und man muß zudem daran zweifeln, daß der *B ö l k e r b u n d*, der doch diese Heze unter dem Titel einer falsch verstandenen „Pressefreiheit“ duldet, irgendwelche materielle Verpflichtung für die Tausende übernehmen wird, eine Verpflichtung, die ihm moralisch gewiß obliegen würde.

Wenn nun die Welt von dem im Interesse des Friedens so überaus erfreulichen Ausgang der Abstimmung eine sofortige und fühlbare Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen erhoffte, so ist sie um eine Enttäuschung reicher geworden. Die Wunde, die sich infolge des Versailler Diktates während 15 Jahren niemals schließen wollte, konnte nun nicht in ein paar Tagen verheilen und kann es auch nicht in ein paar Wochen, wenigstens solange das Diktat in seinen übrigen wesentlichen Teilen fortbesteht, zumal die Spannung wegen der nicht zu verbergenden Unterstützung der Status quo-Bewegung durch Frankreich in den letzten Wochen sich noch erheblich gesteigert hatte. Es mußte in Deutschland schwer verbittern, daß z. B. Max Braun seine volkstumsfeindlichen Thesen über den Straßburger Sender — ausgerechnet — verbreiten durfte und zudem ist die Vermutung keineswegs unbegründet, daß materielle Mittel in erheblichem Maße diesem unshympathischen Zeitgenossen von der Seite Frankreichs zugeflossen sind. Und die Franzosen wieder sind, wenn dies natürlich in der offiziellen Haltung nicht zum Ausdruck kam, gleichwohl, wie sich aus der Presse ergibt, verärgert über die so frappante Erfolglosigkeit ihrer Saarpolitik, besonders vielleicht über den vollkommenen Fehlschlag der sogenannten „kulturellen Durchdringung“, die mit dem Mittel der Domanienschulen bewußt und energisch angestrebt worden war. Daß die Stimmabgabe für Frankreich nicht in Betracht fallen würde, wußte man in Paris natürlich schon längst und Präsident Wilson ist wohl beinahe sozusagen das große, aber auch das einzige Opfer der Clemenceau'schen Täuschung geblieben. Umso mehr konzentrierte sich die französische Politik auf die Unterstützung der Status quo-Bewegung im Saargebiet selbst und, vor allem, in Genf und man kann nicht sagen, daß diese Genfer Politik mit der Dezembererklärung des Herrn Laval betreffend die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung auf einer ungeschickten Berechnung beruht hätte. Deshalb konnte die Enttäuschung über die Niederlage Max Brauns auch nur schlecht verborgen werden und, wie man gesehen hat, ist der Sozialistenführer in Paris, wo er ein Redeverbot erhielt, nicht gerade freundlich empfangen worden.

Man wird indessen doch annehmen dürfen, daß das Verschwinden des Saarproblems, wenn erst die komplizierten Verhandlungen über die Modalitäten der Rückgliederung des Saargebietes abgeschlossen sind und über die unerquickliche Angelegenheit endlich Gras gewachsen ist, eine gewisse Entspannung bewirkt wird, wenngleich diese eben kaum so bedeutsam sein kann, wie wohl manche erwarteten, solange nicht die Gleichberechtigungssfrage erledigt ist. Immer deutlicher wird erkennbar, daß in der Erreichung der absoluten Gleichberechtigung nach der materiellen Seite, Vorbedingung der „moralischen“ Gleichberechtigung, Hitlers zur Zeit einzig wirklich bestimmendes außenpolitisches Ziel liegt, und diesem Ziel steuert er unerbittlich zu, geneigt, momentane Erfolge ohne Bedenken dieser Aufgabe zum Opfer zu bringen. Naturgemäß hat der Saarentscheid auch hier seiner Stellung eine namhafte Verstärkung gegeben. Es ist bezeichnend, daß heute

kein Mensch mehr von Sanktionen gegen die deutsche Aufrüstung spricht, obwohl diese die formellen Bestimmungen des Versailler Vertrages unbestreitbar verletzt und um jene französischen Generale ist es still geworden, die nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, im Augenblick der beginnenden Aufrüstung, zugreifen wollten. Heute spricht man im Gegenteil bereits allen Ernstes von der Beseitigung des fünften Teiles des Versailler Vertrages, was vor zwei Jahren wohl ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Aber ganz abgesehen von dieser Frage bleiben noch genug Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, sodaß der günstige Saarentscheid keineswegs die Lösung der Schwierigkeiten bedeuten kann; indessen verschwindet nun die vielleicht empfindlichste Stelle und das bedeutet heute schon viel.

Das Haus der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken ist seit dem 15. Januar geschlossen und die Herren und Meister, der Sozialist Max Braun und der Kommunist Fritz Pfordt („Einheitsfront“) haben ihren Sitz, von dem aus sie sich den größten Triumph ihres politischen Lebens zu bereiten gedachten, als Geschlagnene fluchtartig verlassen. 14 Tage vordem noch sprach uns Max Braun recht verächtlich von Carl Severing, der bekanntlich am 20. Juli 1932 nach dem nachgerade berühmt gewordenen Rezept: „ich weiche nur der Gewalt“ handelte, anstatt, wie mein Informator meinte, seine Partei mit den Waffen des Streiks und Aufstandes zu retten oder ihr so wenigstens ein ehrenvolles Ende zu sichern und damit — vielleicht — die Idee zu erhalten. Nun hat auch dieser Exponent des Marxismus — der wievielte? — das Hasenpanier ergriffen; er hat am 15. Januar, „auf Anraten der Polizei“, die Grenze nach Frankreich überschritten, nachdem er noch am Tage vorher seine verführten Genossen zur Bildung von Schutzwehren aufgefordert hatte! Die Zeiten sind eben vorbei, wo der Sozialist für seine Ideen nicht nur zu reden, sondern zu kämpfen mußte und im Grunde haben alle diese Bonzen die Jakobinermütze längst mit dem Bürgerhut vertauscht. Der Marxismus aber hat an der Saar seinen dritten, schweren Schlag erlitten und dies, obwohl er bei diesem Kampf in einer taktisch gewiß nicht ungünstigen Position stand. Der Druck der Deutschen Front war allerdings nicht zu unterschätzen, aber die Regierungskommission sorgte dafür, daß die Propaganda der Einheitsfront kaum behindert wurde: die „Freiheit“ und die „Volksstimme“ konnten ihre wildesten Tiraden loslassen, ohne behindert zu werden und eine Verordnung sorgte dafür, daß der beabsichtigte Boykott durch die Saalbesitzer verhindert wurde, indem die erforderlichen Versammlungssäle der Einheitsfront auf höheren Befehl zur Verfügung gestellt werden mußten. Die Marxisten und Antifascisten der ganzen Welt liebten Braun und seinen Genossen ihre moralische Unterstützung — nur diese? —, in der „Volksstimme“ las man Telegramme aus Amerika, die zum Kampf anfeuerten und Sympathie versicherten, Braun war zum Vorkämpfer aller Hitlergegner, zum Streiter der Welt für die „Freiheit“, gegen die „Diktatur“ geworden, der dem Fascismus unter

den Augen der ganzen Welt den tödlichen Schlag zu verfehen gedachte. . .
— Und das Ergebnis?

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Ideen des vaterlandslosen Internationalismus, daß die marxistischen Phrasen ihre Werbekraft verloren haben, dann ist er hier vor der ganzen Welt geleistet worden. Seitdem am 20. Juli 1932 die machtvolle deutsche Sozialdemokratie zerbrach — dies ist das große Verdienst v. Papens — und ihre Führer die gefährvollen Posten in der Kampffront mit dem süßen Frieden an den Gestaden des Lago maggiore und anderswo vertauschten, ist es unaufhaltsam abwärts gegangen. Der Februartkampf in Osterreich konnte, wie er von den Massen geführt wurde, gewiß Eindruck machen, wenn auch als Akt der Verzweiflung; aber auch jene Führer sitzen mit wenigen Ausnahmen im Ausland und versenden ihre Pfeile aus Brünn. An der Saar ist ein weiteres Bollwerk vernichtet. Was noch vor wenigen Jahren in manchen Ländern mächtig war, ist völlig zerbrochen und die Führer in alle Winde zerstreut, Emigranten in fremdem Lande, die verführten und betrogenen Massen ihrem Schicksal überlassend.

Daran wollen wir denken in diesen Tagen, wo die roten Bonzen auch innerhalb unserer rotweißen Grenzpfähle in einer Lebensfrage des Landes wiederum versagen und dem Lande die Waffen verweigern, die es zu seinem Bestande nötig hat. Wir erinnern uns an den Herbst 1918 und wollen die Herrschaften nicht vergessen, die erneut sich als die Feinde des Volkes erweisen.

Die Ereignisse außerhalb unserer Grenzen haben gezeigt, wie schwankend in Wahrheit der Boden ist, auf dem sie stehen. So mögen denn alle die unter uns, denen es Ernst ist mit dem Kampf gegen den volksfeindlichen Marxismus, sich endlich fest zusammenschließen, um in einer gesessenen Front vorzustößen gegen die vaterlandsfeindlichen Giftspritzer und die roten Bonzen von ihren wankenden Sesseln zu reißen, wie es andere auch getan haben.

Die Saar hat gesprochen.

Von Wilhelm Schmelzer,

Vorsitzender der Handwerkskammer, Mitglied des Landesrates, Saarbrücken.

Mit 90,78 % der abgegebenen Stimmen hat sich am Sonntag, den 13. Januar 1935, die Saarbevölkerung für den Anschluß an Deutschland erklärt. 8,8 % stimmten für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes und nur 0,42 % wünschten eine Vereinigung mit Frankreich. Die Bevölkerung des Saargebietes hat sich lange gegen diese Abstimmung gesträubt mit der Begründung, daß es eine Beleidigung sei, an ein rein deutsches Volk die Frage zu richten, ob es in den Verband seines Vaterlandes zurückkehren